



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
**7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und  
Soziales**  
am 26.05.2009  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer

Abg. Marcus Blanken

Abg.e Doris Brandt

Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde

Abg. Dr. Peter Fröhlich

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley

Abg.e Ute Gudella-de Graaf

Abg. Lühr Klee

Abg. Karlheinz Poredda

Abg. Jürgen Rudolph

Abg. Reinhard Trau

Abg. Manfred Wernecke

Vertretung für Abgeordneten Henri Blanken

Vertretung für Abgeordneten Hans-Jürgen  
Krahn

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Peter Bitomsky

Abg. Marc Reuter

#### **Verwaltung**

Landrat Hermann Luttmann

KAR Harald Glüsing

KA Hermann Hollmann

MedOR Ronny Möckel

#### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Marianne Schmidt

#### **Verwaltung**

KOI Nadine Kleinecke

Entschuldigt:

**Mitglieder des Kreistages**

Abg. Henri Blanken

Abg. Hans-Jürgen Krahn

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 25.11.2008
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Änderung des Kostentarifs der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungsbereich vom 19.10.1999  
Vorlage: 2006-11/0718
- 6 Vorstellung der Informationsbroschüre des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme) "Ich muss in ein Heim - was nun"  
Vorlage: 2006-11/0719
- 7 Bericht über den Stand der Umsetzung des SGB II im Arbeitsmarktportal Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2006-11/0720
- 8 Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vors. Bargfrede** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 25.11.2008**

---

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales vom 25.11.2008 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

- a) **Landrat Luttmann** berichtet, dass eine 3. Auflage des Seniorenwegweisers des Landkreises Rotenburg (Wümme) vorbereitet werde. Er erklärt, dass der Seniorenwegweiser Informationen und Wissenswertes über Angebote im Landkreis Rotenburg (Wümme) für ältere Mitbürger/innen enthalte. Diese würde von Themen wie der Altersvorbereitung bis hin zum Wohnen im Alter reichen. Dabei würden die seniorenrelevanten Einrichtungen ebenso dargestellt wie die hierfür wichtigen Adressen. Die Herausgabe sei für das IV. Quartal geplant.
- b) **Landrat Luttmann** teilt mit, dass die 2. Sitzung des Behindertenbeirates am 17.02.2009 stattgefunden habe. Er merkt an, dass der Behindertenbeirat nunmehr über eine eigene E-Mail-Adresse sowie eine eigene Telefon- bzw. Faxnummer verfüge.

[Behindertenbeirat@lk-row.de](mailto:Behindertenbeirat@lk-row.de)

Telefon: 04261/983 2696

Fax: 04261/983 88 2696

Punkt 5 der Tagesordnung: **Änderung des Kostentarifs der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis vom 19.10.1999**

**Vorsitzender Bargfrede** stellt kurz die Änderung des Kostentarifs der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes vor.

Daraufhin bittet **Abg.e Brandt** um kurze Erläuterung, was es mit der Herabsetzung der Mindestgebühr auf sich habe. **MedOR Möckel** erklärt daraufhin, dass sich die bisher veranschlagte Mindestgebühr von 30,00 € an der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) anlehnen würde. Dies sei jedoch zu überzogen, da der Aufwand im Gesundheitsamt gering wäre. Die Herabsetzung der Mindestgebühr würde dem Aufwand Rechnung tragen.

**Beschlussvorschlag:**

Die im Entwurf vorliegende 3. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Vorstellung der Informationsbroschüre des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme) "Ich muss in ein Heim - was nun"**

Der Vorsitzende des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme), **Herr Bitomsky**, stellt die Informationsbroschüre „Ich muss in ein Heim – was nun?“ vor.

Als ehemaliger Amtsleiter des Sozialamtes stellte **Herr Bitomsky** fest, dass sich seither die Gesetzgebung und entsprechende Ausführungen verändert hätten. Er teilte mit, dass für die Umsetzung rechtlicher Fragen Herr Horn (jetziger Sozialamtsleiter) sowie die Sachbearbeiterin der Hilfe zur Pflege Frau Sabine Mangels und aus dem Bereich der Heranziehung Herr Lars Meyer entsprechende Informationen für die Broschüre zusammengestellt hätten.

**Herr Bitomsky** berichtet auch darüber, dass er Meinungen von 3 Pflegeheimen angefordert habe. Diese seien angetan von der Informationsbroschüre gewesen.

Mit dieser Broschüre, so **Herr Bitomsky** weiter, wolle er mit den Vorurteilen hinsichtlich einer Heimunterbringung aufräumen.

Bisher seien laut **Herrn Bitomsky** 50 Exemplare auf Kosten der Sparkasse Scheeßel erstellt worden. Sollten diese nicht ausreichend sein, könnten weitere Broschüren zum Selbstkostenpreis von 0,90 € pro Exemplar bestellt werden. Eine Veröffentlichung im Internet auf der Seite des Landkreises Rotenburg (Wümme) – [www.lk-row.de](http://www.lk-row.de) - sei seitens **Herrn Bitomsky** angestrebt.

**Abg. M. Blanken** bedankt sich für die Ausführungen in Bezug auf die Broschüre. Er betont, dass diese genau die Informationen weitergäben, die entsprechende Personen benötigten.

**Abg. von Bothmer** fragt, nach wie vielen Jahren die Broschüre überarbeitet werden müsse. **Herr Bitomsky** antwortet, dass grundsätzlich mit jeder Regelsatzänderung die Broschüre aktualisiert werden müsste, er jedoch auf eine langfristige Darstellung der Problematik, die eine Heimunterbringung mit sich bringe, bedacht sei. **Abg.e Gudella-de Graaf** merkt an, dass die Neuerungen im Internet veröffentlicht werden könnten.

---

Punkt 7 der Tagesordnung: **Bericht über den Stand der Umsetzung des SGB II im Arbeitsmarktportal Rotenburg (Wümme)**

---

**Landrat Luttmann** erläutert zu Beginn, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) zu den 69 Kommunen in Deutschland gehöre, die die Option wahrnehmen würden. Aus diesem Grund werde seitens des Arbeitsmarktportals (ArRoW) seit dem 01.01.2005 das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – auch bekannt als Arbeitslosengeld II oder Hartz IV – voll umgesetzt. In den übrigen Kommunen werde das SGB II durch die gemeinsame Arbeit der Agenturen für Arbeit und den Kommunen umgesetzt. Seitens der Politik seien Bemühungen vorhanden, so **Landrat Luttmann**, die bisherige Befristung bis Ende 2010 auf 2013 zu verlängern. Bisher sei dies jedoch abgelehnt worden. **Landrat Luttmann** sei jedoch in dieser Angelegenheit optimistisch, da alle im Bundestag erklärten, an der bisherigen Ausführung festzuhalten. Es solle jedoch die Möglichkeit der Ausweitung des Optionsmodells bestehen. Die bisherigen Optionskommunen wollten auch so weiter arbeiten, denn die Trägerschaft aus einer Hand hätte seine Vorteile.

Zu Beginn der Ausführung des SGB II seien einige Anlaufschwierigkeiten aufgetreten, so **Landrat Luttmann**. Die Zahlen an Beschwerden und Widersprüchen seien mittlerweile verringert worden. Den an fünf Standorten tätigen Mitarbeitern, die es aufgrund des Klientels oft nicht einfach gehabt hätten, dankt **Landrat Luttmann**.

**KAR Glüsing** stellt nunmehr zuerst aktuelle Daten aus dem Interkommunalen Kennzahlenvergleich SGB II für Niedersachsen des ArRoW vor. Grundsätzlich stehe der Landkreis Rotenburg (Wümme) zahlenmäßig besser dar als noch in den Jahren zuvor, so **KAR Glüsing**.

Hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit stellt **Landrat Luttmann** klar, dass die Jugendlichen, die sich in einer Maßnahme befinden würden, nicht zu den Arbeitslosen zählen würden. **Abg. Po-redda** fragt nach, ob den Jugendlichen entsprechende Maßnahmeplätze zugewiesen werden würden. Auf diese Frage hin erklärt **KAR Glüsing**, dass die meisten Plätze zugewiesen würden, jedoch die Jugendlichen vorrangig nach ihrer Qualifikation für die Maßnahmen vorgeschlagen würden. **Abg. M. Blanken** erkundigt sich, ob auch die Zufriedenheit hinsichtlich der Maßnahmen geprüft werde. Man schaue sich die Durchführung der Maßnahmen schon an, so **KAR Glüsing**. Auch sei man dabei, ein Qualitätsmanagement einzuführen. Dies sei jedoch schwer, da der Erfolg einer Maßnahme schwer messbar sei.

Als letztes werden die Daten aus dem Benchmarking von **KAR Glüsing** vorgestellt worden. Dabei seien zehn vergleichbare Kreise aus dem gesamten Bundesgebiet miteinander verglichen worden. Auch hier hätten sich die Zahlen laut **KAR Glüsing** im Vergleich zum Vorjahr positiv

entwickelt. **Abg. Poredda** erfragt, welche Kreise unter anderem an dieser Auswertung teilnehmen. **KAR Glüsing** gibt an, dass zu den vergleichbaren Kreisen u. a. die Landkreise Verden, Osterholz, der Rhein-Taunus-Kreis oder auch der Main-Kinzig-Kreis zählen.

Auf die Frage des **Abg. M. Blanken**, ob in der Vergangenheit zur Verfügung stehende Gelder nicht vollständig verwendet wurden, erklärt **KAR Glüsing**, dass das Budget 2007 nicht ausgeschöpft worden sei, jedoch bereits im Jahre 2008 eine Ausschöpfung dieser Gelder von 95 vom Hundert erreicht worden sei.

Nach Präsentation der aktuellen Daten erkundigt sich **Abg. Fröhlich**, ob die Bedarfsgemeinschaften zurückgegangen seien, weil sich an deren Struktur etwas geändert habe. **KAR Glüsing** trägt vor, dass der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften tatsächlich einen Abgang aus der Hilfebedürftigkeit darstelle.

**Abg.e Brandt** fragt hinsichtlich der Jugendarbeitslosen und neuen Maßnahmen nach, die einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würden. Darauf antwortet **KAR Glüsing**, dass es neue Maßnahmen für Jugendliche gebe, jedoch oft zu wenige Jugendliche zur Verfügung stünden, die an diesen Maßnahmen teilnehmen könnten. Deshalb würden diese Maßnahmen nunmehr auch mit älteren Teilnehmern besetzt werden. **Abg.e Brandt** fragt weiter nach, ob die Maßnahme „Jump“ helfen würde. Dahingehend können keine Angaben gemacht werden, so **KAR Glüsing**, da insgesamt nicht nachvollzogen werden könne, wie sich diese Maßnahme auswirke.

**Abg. M. Blanken** möchte nunmehr etwas über die Zahl der Beteiligten des Projektes „MyLife“ wissen. **KAR Glüsing** erläutert, dass hierbei 70 Coaches aktiv sein würden, die derzeit in Schulen entsprechende Jugendliche akquirieren würden. Er hoffe auf eine rege Beteiligung, auch wenn das Projekt selbst freiwillig sei.

**Abg. Klee** erkundigt sich danach, ob aufgrund des Rückganges der Hilfebedürftigen mit geringeren Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr zu rechnen sei. **KAR Glüsing** antwortet, dass die Ausgaben trotz eines Rückganges der Hilfebedürftigen wegen höherer Unterkunfts- und Energiekosten nicht gedämpft werden.

**Abg. Genter-Mickley** möchte wissen, ob die Wirtschaftskrise bereits ihre Schatten werfe und ob es inzwischen weniger Widerspruchs- und Klageverfahren geben würde. Auf diese Fragen antwortet **KAR Glüsing**, dass es zu Beginn der Einführung des SGB II eine große Rechtsunsicherheit und auch großen Unmut seitens der Bedürftigen gegeben habe. Die Zahl der Widersprüche habe sich im Laufe der Jahre weitestgehend halbiert. Gab es noch in 2005 etwa 1.000 neue Widersprüche, so waren es im Jahre 2008 lediglich noch ca. 500. In Bezug auf die Klagen müsse gesagt werden, dass es im Jahre 2005 ca. 100 Klagevorgänge gab, 2006 habe sich die Zahl der Klagevorgänge verdoppelt. Da nunmehr auf Qualität in Bezug auf die Bescheidung der Widersprüche gesetzt werde, würden jetzt im Schnitt ca. 130 Klagen pro Jahr eingehen. Zur Wirtschaftskrise sei anzumerken, so **KAR Glüsing**, dass diese schon bemerkt werde, die Arbeitslosenquote würde nicht weiter sinken und Abgänge aus der Hilfebedürftigkeit seien in letzter Zeit auch ausgeblieben. **Landrat Luttmann** wirft ein, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) als sehr ländlicher Bereich nicht zu sehr von der Wirtschaftskrise betroffen sei.

**Abg.e Brandt** erkundigt sich nach dem Stand der über 55-jährigen. Sie fragt nach, ob seitens der Mitarbeiter so gearbeitet werden könne, dass dieser Personenkreis wieder in Arbeit gebracht werden würde. Weiterhin möchte sie wissen, ob es neue Tarife bezüglich der geltenden Mieten geben würde. **KAR Glüsing** antwortet, dass genaue Zahlen dem Protokoll beigefügt werden. Im Hinblick auf die Mieten sei die nunmehr mehr als 20 Jahre alte Wohngeldtabelle von den Verwaltungsgerichten nicht beanstandet worden. Das Sozialgericht Stade wolle jedoch eine andere Datenbasis, so dass seitens des ArRoW eine Wohnungsmarktanalyse im Landkreis Rotenburg (W.) vorgenommen worden sei, bei der ca. 7.000 Datensätze ausgewertet worden. Die dort erhaltenen Werte sollten nunmehr gelten. Die nunmehr geltenden Richtwerte würden dem Protokoll beigefügt werden. **Abg. Poredda** fragte noch einmal nach, ob es denn jetzt keinen Mietspiegel mehr geben würde. Darauf merkt **KAR Glüsing** an, dass es lediglich für den Bereich der Samtgemeinde Sittensen einen Mietspiegel geben würde, jedoch dieser grundsätzlich nicht mehr ausreichend sei.

**Vors. Bargfrede** erkundigte sich nach den Aufstockern, also denjenigen, die neben ihren Erwerbseinkünften auch noch zusätzlich Sozialleistungen erhalten. **KAR Glüsing** erklärt, dass es im Bereich dieses Personenkreises keine Steigerung, aber auch keine Senkung gebe. Für die weitere Bearbeitung seien in nächster Zeit Strategien zu entwickeln, um zukünftig eine weitere Hilfebedürftigkeit zu vermeiden.

**Abg.e Brandt** erkundigt sich nach Auffälligkeiten bei den Aufstockern. **KAR Glüsing** stellt klar, dass es keine Auffälligkeiten gäbe. Dieser Personenkreis sei sehr differenziert.

**Frau Schmidt** fragt nach, ob es auch Qualifizierungsmaßnahmen über die Bildungsträger gäbe und wenn ja, ob die dortige Qualität der Maßnahmen zufrieden stellend sei. **KAR Glüsing** erklärt daraufhin, dass Bildungsgutscheine ausgegeben würden. Es solle zwischendurch mehrfach Beschwerden gegeben haben, die nach und nach im Rahmen eines „Überraschungsbesuches“ überprüft würden. **Frau Schmidt** merkt weiterhin an, dass es für junge Alleinerziehende eine große Herausforderung bedeuten würde, an Maßnahmen teilzunehmen. Sie fragt, wie es dann mit der Kinderbetreuung aussehen würde. **KAR Glüsing** gibt an, dass Projekte für Alleinerziehende geplant seien, jedoch auch diese Zielgruppe sehr differenziert sei. Maßnahmen für Alleinerziehende gab es in der Vergangenheit, jedoch hätten die Bildungsträger oft keine Betreuungsplätze gefunden.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Vors. Bargfrede** stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer